

Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1265

Organ für das werktätige Volk

Verlagsort:
Gebr. Jerschold, Dresden
und Köchl. Staatsdruckerei

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Einzelheft einschließlich Zeitungslohn mit den wöchentlichen Beilagen
„Wort der Arbeit“ und „Volk und Welt“ für einen halben Monat 1 M.
Einzelnummer 10 Pf.

Telegraphen-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schreibleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10.
Fernsprecher Nr. 25261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Kompaßzeile
30 Pf., die 90 mm breite Reklamazeile 1,50 M., für ausständige An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche
40 Proz. Rabatt. Für Briefbelegung 10 Pf.

Nr. 178

Dresden, Montag den 3. August 1925

36. Jahrg.

Die Leiden der Minderheiten

Die Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale hat vor kurzem eine Kommission eingesetzt, die sich mit dem Studium der nationalen Minoritäten in den europäischen Ländern befassen soll. Auch die Internationale der Arbeiterbündigen hat sich auf ihrem letzten Kongress mit dieser Frage beschäftigt und die Forderung erhoben, daß allgemein Schritte geschaffen werden, die die Rechte der Minoritäten schützen. Eine solche Regelung ist jetzt noch dringender notwendig, als sie es schon vor dem Kriege war.

Durch die Verschiebung so vieler Landesgrenzen und infolge der Entstehung neuer Staaten ist die Zahl der Minoritäten in Europa noch viel höher gestiegen. Damit ist diese Frage zu einer solchen geworden, die ganz Europa angeht und die zu lösen unbedingt notwendig ist, wenn in den europäischen Ländern im Innern wie nach außen ein wirklicher Friede zustande kommen soll. War es schon vor dem Weltkriege so, daß Völkern, die ihre eigenen Minoritäten auf jede Weise unterdrückten, sich recht oft in einer geradezu tumultuarischen Art gegen die Unterdrückung der Minoritäten in anderen Ländern wandten, so macht sich das heute noch schärfer bemerkbar. Diefelben Italiener, die sich vor dem Kriege für die Unterdrückung der Polen einsetzten, konnten nicht genug schreien, wenn die Deutschen in anderen Staaten bedrückten, dieselben Italiener, die jahrzehntelang gegen die Benachteiligung der Italiener in Österreich den schärfsten Krieg führten, unterdrücken jetzt Deutsche, Slowenen und Kroaten, die den neuen italienischen Gebieten angehörend, in der Tschechoslowakei wird ein gewaltiger kleinlicher Krieg geführt gegen alles, was deutsch ist, und nicht anders ist es in Rumänien, Jugoslawien und Polen.

Es gibt fast keinen europäischen Staat, dem nicht mehr oder weniger große Teile fremdvölkischer Bewohner angehören und in dem nicht das Minoritätenproblem als eine außerordentlich wichtige Frage angesehen werden müßte. Das sehen wir jetzt wieder im Verhältnis zwischen Polen und Deutschland. Tausende Deutsche müssen ihre Heimat in Polen verlassen, und die Folge wird sein, daß polnische Staatsangehörige in großer Zahl Deutschland verlassen müssen. Nicht nur, weil heute eine größere Bevölkerungszahl der nationalen Minoritäten in Betracht kommt, auch nach noch einer anderen Richtung hin hat der Kampf zwischen den herrschenden Völkern und den Minoritäten an Schärfe zugenommen. Handelte es sich früher meist um den Sprachenstreit und um die Unterdrückung der kulturellen Eigenart, so ist jetzt hinzugekommen, daß die Minoritäten vielfach auch materiell schwer benachteiligt werden. Fast überall, wo in den letzten Jahren eine Agrarreform durchgeführt worden ist, wo der Großgrundbesitz zugunsten der Bauernschaft geschlagen wurde, ging diese Bodenreform unter Benachteiligung der Minoritäten vor sich. Wir brauchen hier nur auf die Tschechoslowakei hinzuweisen, wo die Vorteile der Bodenreform so gut wie ausschließlich den Tschechen zugute kamen, wogegen die Angehörigen der deutschen Minorität fast ausschließlich Nachteile davon hatten. Nicht anders ist es in Rumänien, in Polen und in den nordöstlichen Randstaaten. Infolgedessen sammelt sich bei den bedrückten Minoritäten in den verschiedenen Ländern ein Haß an, der noch gefährlicher ist, als er früher war, es bilden sich neue Strömungen, in denen es zur Entladung drängt, wenn nicht Abhilfe geschaffen wird.

Insgesamt ist die Zahl der den Minoritäten angehörenden Bevölkerung in den verschiedenen europäischen Ländern auf mindestens 30 Millionen einzuschätzen, nähert sich also der Bevölkerungszahl eines Großstaates. Daß es für Europa nicht gleichgültig sein kann, wenn derartige Bevölkerungsgruppen in einem scharfen Gegensatz zu den einheimischen Staaten stehen, ist ohne weiteres klar. Da die Situation in Europa so ist, daß solche Streitigkeiten jetzt von weit größeren Schäden sind als früher, muß eine Wende eintreten, es müssen internationale Vereinbarungen getroffen werden, durch die die Minoritäten in den einzelnen Ländern eine weit größere Sicherheit oder überhaupt erst einmal die Gewissheit ihrer Existenz und ihrer kulturellen Eigenart erhalten. Neben die Verhältnisse bestehen, wie sie jetzt sind, werden die Minoritäten weiter drangsalierter und in kleinlicher Weise schikanierter, so bleiben in Europa mehr als ein halbes Jahrhundert der Unzufriedenheit und der Gärung bestehen.

Es ist also eine sehr ernste Frage, deren Studium die Kommission der Sozialistischen Arbeiter-Internationale eingeschickt hat. Aber diese Frage sollte auch von den anderen Arbeiterbündigen eingehend erörtern werden. Denn auch wenn der Arbeiterbund bereits noch mehr Ansehen haben würde, als es heute der Fall ist, werden seine auf die Befreiung Europas gerichteten Ziele ohne dauernden Nutzen sein, wenn es nicht gelingt, die Rechte der Minoritäten auf

eine befriedigende Weise zu lösen. Der Haß unterdrückter Völkerschaften hat wesentlich dazu beigetragen, daß der Weltkrieg entstehen konnte, und noch mehr ist dadurch der Krieg verschärft und verlängert worden. Gelingt es nicht, innerhalb der einzelnen Staaten zwischen den Nationalitäten einen gerechten Ausgleich zu schaffen, werden Unterdrückte der Abstammung weiter ausschließlich auf machtpolitischem Gebiet ausgetragen, so wird Europa nie zur Ruhe kommen, auch nicht durch Sicherheitspakte.

Das Optanten-Drama

Ein Drama ungeheuerlichen Ausmaßes spielt sich im Osten Deutschlands ab: Das Zustromen der 20 000 für den 1. August aus Polen ausgewiesenen deutschen Optanten. Diese 20 000 haben in den ehemals polnischen Gebieten für Deutschland optiert, sind also nicht Polen geworden und müssen nun Polen verlassen. Weitere Tausende folgen zu späteren Terminen. Die Ausgewiesenen kommen alle über Schneidemühl. Die amtlichen Stellen in Preußen erklären, sie hätten die notwendigen Vorbereitungen getroffen, um den Strom der Optanten aufzunehmen und — was die Hauptsache ist — so schnell wie möglich in das Innere der Grenzmark und über ganz Preußen hin weiterzuführen. In Schneidemühl sind eine Uebernahmestelle und eine Arbeitsvermittlungsstelle eingerichtet worden. Der vorübergehenden Unterbringung dient ein Durchgangslager. Am Freitagabend waren 6000 Ausgewiesene in Schneidemühl; ein Teil reiste noch während der Nacht weiter, so daß am Sonnabend vormittag noch 5000 bis 5500 in Schneidemühl waren. Täglich kommt neuer Zustrom. Die Unterbringung der Flüchtlinge, die mit ihren Habe, Kleingeld, mit Hund und Kegel, Kisten und Kasten, Hausrat und Gefäß in der Sammelstelle Schneidemühl eintreffen, macht Schwierigkeiten. Auch darf die seelische Depression und Nervosität der Ausgewiesenen nach einer in den meisten Fällen strapazierten Ausreise nicht vergessen werden. Dem Regierungspräsidenten in Schneidemühl sind ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt; es sind auch genügend Räume vorhanden. Der Minister hat den Spitzen der Verwaltung außerdem Generalvollmacht gegeben, so daß also ohne Rücksicht auf die Kosten alle Maßnahmen getroffen werden können, die für die Unterbringung, Fortschaffung,

Verpflegung und Unterstützung der Ausgewiesenen notwendig sind. Die preussische Regierung will die Flüchtlinge so rasch wie möglich über die einzelnen Regierungsbezirke verteilen. Der Innenminister hat die Regierungspräsidenten nochmals nachdrücklich angewiesen, ungeachtet aller Hindernisse dafür zu sorgen, daß die Gemeinden die ihnen überwiesenen Optanten tatsächlich aufnehmen. Die Gemeinden müssen auf jede Weise versuchen, geeignete Wohnräume für die Optanten zu beschaffen. An mehreren Orten können zu diesem Zweck die Wohnräume der abwandernden polnischen Optanten verwendet werden. Der Innenminister Genosse Sebring hat sich am Sonntagabend selbst nach Schneidemühl begeben.

Meldungen der Rechtspreffe, die zu Verheerungen gegen die preussische Regierung ausgenutzt werden, behaupten skandalöse Mißstände in Schneidemühl. Sicherlich wird man bei einem derart gewaltigen Zustrom mit großen Schwierigkeiten rechnen müssen, doch bestreiten die amtlichen Stellen Verheerungen.

Beruhigungsmeldungen der Regierungstellen

Schneidemühl, 2. August. Der Zustrom der ausgewiesenen Optanten hat erheblich abgenommen. Die Behauptungen von absterbenden Todesfällen und dem Ausbruch von Epidemien im Optantenlager seien falsch. Bisher seien fünf Kinder gestorben. An Ertränkungsfällen seien lediglich einige Ahr- und Darmstarrfälle sowie 12 Wärsenfälle festgestellt. Dabei sei zu berücksichtigen, daß sich zeitweise etwa 6000 bis 7000 Personen im Lager befanden.

Eine Erklärung des Außenministers

Berlin, 2. August. Außenminister Stresemann erklärte der Presse, daß die deutsche Regierung bereit gewesen sei, die Optantenfrage auf dem Wege der gegenseitigen Duldung zu erledigen. Polen sei nicht darauf eingegangen und im Wiener Schiedspruch sei niedergelegt worden, daß ein Optant zur Abwanderung dann verpflichtet sei, wenn er von der deutschen bzw. polnischen Regierung eine schriftliche Abwanderungsaufforderung erhalten habe. Also auch nach diesem Spruch hätte sich eine Ausweisung der Optanten noch vermeiden lassen und die deutsche Regierung habe noch in den letzten Tagen Versuche gemacht, die zwangsweise Abschiebung zu verhindern. Sie habe bei der polnischen Regierung sondieren lassen, ob sie bereit sei, über eine Aussetzung der Abschiebung zu verhandeln. Alles vergeblich. Die deutsche Regierung sei nunmehr genötigt, ebenso wie die polnische Regierung vorzugehen. Sie werde nach dem 1. August etwa 8000 polnische Optanten ausweisen und, wie es Polen getan habe, ihre Wohnungen zum Zwecke der Unterbringung der aus Polen zurückkehrenden Deutschen in Anspruch nehmen müssen.

Der Raubzug des Rechtsblocks

Zollwucher — Steuerrecht — Mietwucher

Von Paul Herz M. d. R.

Der Regierungsbund will eine sachliche Beratung der Steuern verhindern. Der Rechtsblock redet nicht, er stimmt nur! Die ganze Last der sachlichen Beratung ruht deshalb auf der Opposition, die nicht dulden kann und will, daß so verhängnisvolle Gesetze ohne Widerspruch beschlossen werden.

Das Schweigen des Rechtsblocks, dem sich jetzt auch das Zentrum mit Haut und Haaren verschrieben zu haben scheint, ist der Ausdruck des bösen Gewissens. Denn die Steuerreform ist die größte Begünstigung des Grobvermögens, die Deutschland je erlebt hat. Statt gerechter Verteilung der Lasten nach dem Maß der Leistungsfähigkeit der einzelnen Schichten erfolgt eine einseitige Verminderung der Steuerlast des Vermögens, gleichzeitige eine Verschärfung der Steuerlast für diejenigen, die allein von ihrer Arbeitskraft leben.

Damit wird die aus der Inflation herrührende ungerechte Lastenverteilung noch verschärft. Bereits im Jahre 1924 sind fast drei Viertel aller Einnahmen der öffentlichen Körperschaften durch Lohnsteuer, Umsatzsteuer, Zölle und Verbrauchssteuern sowie Meisteuern aufgebracht worden.

Nicht der Reichum wird in Deutschland belevet, sondern die Armut.

In keinem Lande der Welt trägt der Besitz so geringe, das Volk so hohe Lasten wie in Deutschland. Am besten läßt sich das erkennen bei der Einkommensteuer. Sie hat in England im Jahre 1924 mehr als 7 Milliarden erbracht, obwohl die Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger dort vollkommene Steuerfreiheit ist. In Deutschland sind aber durch die Lohnsteuer die größten Erträge geliefert worden. Und wenn im Jahre 1925 die 18 Millionen Lohnsteuerpflichtigen 17 Milliarden Lohnsteuer bezahlen, dann entfallen auf den Kopf 83 M. jährlich. Von den 7 Millionen selbständigen Steuerpflichtigen aber wird nur eine Einkommensteuer von 1 Milliarde erwartet. Sie zahlen also pro Kopf nur 71 M., also 12 M. pro Jahr weniger als die gering bezahlten Lohn- und Gehaltsempfänger!

Was auf allen andern Gebieten bringt die Steuerreform dem Besitz wesentliche Erleichterungen. Er soll erhalten.

1. Bei der Einkommensteuer eine Senkung des Tarifs, den Fortfall der Vorbelastung durch die Kapitalertragssteuer, von 10 Prozent, Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne bis zu 20 000 M., Steuerfreiheit für die meisten Spekulationsgewinne.
2. Bei der Körperschaftsteuer den Fortfall des Zuschlags von 15 Prozent und die Steuerfreiheit für nicht ausgeschüttete Gewinne.
3. Bei der Vermögenssteuer wird der Tarif durch den Fortfall der Progression für große Vermögen erheblich ermäßigt. Der Notopferzuschlag, den die Kleinen bezahlt haben, wird für die Großen ganz aufgehoben. Für 1924 werden statt vier nur zwei Ratenzahlungen erhoben.
4. Bei der Erbschaftsteuer wird der Tarif ebenfalls ermäßigt. Die Besteuerung des Gattenerbes unterbleibt. Also können alle Kapitalisten ihre Erbschaften ebenso der Steuer hinterziehen wie Einnahmen.
5. Die Stundungen für die Erbschaften landwirtschaftlichen Besitz bleiben ebenfalls erhalten. Eine Nachlasssteuer wird nicht erhoben.
6. Auch die Steuern auf den Kapitalverkehr werden erheblich herabgesetzt.
7. Die Vermögenszuwachssteuer wird bis 1928 außer Kraft gesetzt.
8. Die Besteuerung der Inflationsgewinne unterbleibt vollständig. Weder die vorgesehene Entfaltungsteuer für den unbedauten Grundbesitz wird erhoben, noch sollen die sonstigen Inflationsgewinne erfaßt werden. Dem bebauten Grundbesitz wird durch die Meisteuerung und dem für 1928 versprochenen Fortfall der Hauszinssteuer ein gewaltiger Vermögenszuwachs in Aussicht gestellt.

Was ist es uns gelungen, die Umsatzsteuer von 1½ auf 1½ Prozent zu ermäßigen. Aber diese Ermäßigung ist so gering, daß eine wirtschaftliche Entlastung des Massenverbrauchs davon kaum zu erwarten ist. Bei der Lohnsteuer wird zwar für die kleinen Einkommen ebenfalls eine geringe Verminderung eintreten. Sie ist aber so geringfügig, daß bei dem zu erwartenden Steigen der Verteuerung der Lebenshaltung die Steuerlast trotzdem höher sein wird als geahndet.

Diesen beiden Erleichterungen steht aber die Verschärfung der Verbrauchsteuer und die